



BürgerInnenbrief

26. September 2011

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Sparen? +++ Rambo Schreiber +++ Münzviertel +++ Verkehr +++ Grünanlagen +++ Wohnungsnot +++ Filmfest

»Gutes Regieren« – auf Kosten der Bezirke

Von Joachim Bischoff



Das Rathaus leuchtet – gehen in den Bezirken die Lichter aus?

Der Bezirksliche Ordnungsdienst (BOD) hat massive Probleme im Personalbereich: Hoher Krankenstand – viele fallen sogar langfristig aus – und vor allem zu wenig Mitarbeiter. In einem städtischen Bereich mit fast zwei Millionen Einwohnern gibt es nur 90 BOD-Mitarbeiter. Auch für die Pflege der bezirklichen Anlagen wie Straßen, Plätzen und Grünanlagen reicht das Geld hinten und vorne nicht. Schließlich gibt es auch aus vielen Kundenzentren keine guten Nachrichten, lange Wartezeiten sind an der Tagesordnung. Es gibt zudem Teilbereiche wie Bekämpfung von Wohnungsleerstand und Zweckentfremdung, in denen die personelle Unterbesetzung schon jahrelang gängige Praxis ist.

Diese Unterfinanzierung im Bereich der kommunalen Verwaltung müsste durch Verbesserung der personellen und fi-

nanziellen Ausstattung zurückgedrängt werden. Doch das »gute Regieren« des Senats sieht anders aus: Im Rahmen seiner Haushaltskonsolidierungspolitik, die eine Begrenzung des Ausgabenwachstums bis 2020 auf jährlich max. 1% vorsieht, plant er weitere Kürzungen bei den Bezirken. So sollen ihnen laut Haushaltsplan wegen der Sparvorgaben noch des alten schwarz-grünen Senats und zusätzlichen Kürzungen des SPD-Senats im Jahr 2011 insgesamt 2,4 Mio. Euro, im Jahr 2012 sogar 3,6 Mio. Euro weniger zur Verfügung stehen.

Über diese Politik ist es – darf man der Presse glauben – zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Finanzsenator und Bezirksamtsleitern gekommen. Für Letztere sind die Ämter jetzt schon am Limit. Ihre Aufgaben nehmen zu, gleichzeitig sollen die bürgernahen Dienstleistungszentren einen zusätz-

lichen Sparbeitrag erbringen. Die Bezirksamtsleiter befürchten zu Recht eine Zerschlagung der bezirklichen Strukturen.

Die Diskussion ist nicht neu, sie wird bereits seit über einem Jahr geführt. Schon unter Kurzzeit-Finanzsenator Carsten Frigge (CDU) ging es zwischen Behörde und Bezirken hoch her. Frigge plante damals zur »Verschlankung« der Verwaltung u.a. die Abschaffung der Bezirksamtsleiter mit ihrem Personalstab. Dagegen gab es so massive Widerstände, dass sie schnell wieder vom Tisch war. Das hinderte die CDU allerdings nicht daran, reichlich wirklichkeitsfremd eine radikale Verwaltungsreform zu propagieren: Aus den sieben Bezirksämtern sollten 17 so genannte Bürgerämter, der Verfassungs- und Datenschutz sollte auf Kooperation mit anderen Bundesländern umgestellt werden. In der Konsequenz war ein Wegfall von ca. 10% aller Verwaltungsstellen geplant.

In der Realität sah die Verwaltung anders aus: Die Ämter bekamen immer mehr Arbeit aufgehalst – wegen neuer Bundesgesetze, die Hamburg mit beschlossen hat. Die Bezirke müssen inzwischen mehr Zeit und Geld für maschinenlesbare Personalausweise aufwenden und haben es mit neuen, strengeren Vorschriften zu tun, etwa in Fragen der Vormundschaft. Die Amtsleiter meinen, dass sie allein aufgrund dieser Gesetzesänderungen 300 neue Leute einstellen müssten, um genauso effizient wie vorher zu arbeiten. Stattdessen sollen sie weiter sparen. »Wir können solche Vorgaben nur erfüllen, wenn wir die Kundenzentren drastisch reduzieren. Ein Antrag auf Wohngeld könnte dann schon mal drei Monate liegen bleiben, Kita-Betreuungsgutscheine würden mehrere Wochen lang bearbeitet werden.«

Gleichwohl beharrt der SPD-Senat auf einem zusätzlichen Sparbeitrag der Bezirke, der auf eine deutliche Verschlechterung des öffentlichen Dienstleistungsangebots hinausläuft. Dazu kommt, dass in zwei Bereichen nicht gespart werden soll. Zum einen beim Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD), da kein zweiter »Fall Jessica« produziert werden soll. Zum anderen sind die Bezirksämter Partner des Senats im großen

Wohnungsbauprogramm und sollen nach geeigneten Flächen fahnden und Investoren bedienen. Dass das mit weniger Personal ablaufen soll, kann sich unter den Kommunalbeamten niemand vorstellen. Die Kürzungen insgesamt gehen an die Substanz der Verwaltung. Ganz zu schweigen von der Beschädigung der Bürgernähe.

Dabei haben die Bezirke auf Druck des früheren schwarz-grünen Senats bereits umfangreiche Leistungskürzungen, Rationalisierungen, Verkauf von Grundstücken und Gebührenerhöhungen umgesetzt, die sich auf etwa 47 Mio. Euro addieren. Um das gesamte von Schwarz-Grün diktierte Sparvolumen von 65,4 Mio. Euro, das die sozialdemokratische Landesregierung ohne Abstriche übernimmt, durchzusetzen, überließ der damalige Senat allerdings nichts dem Zufall. Durch ein striktes Controlling sollte sichergestellt werden, dass die Bezirke ihrer »Pflicht« nachkommen.

Konsolidierungsmaßnahmen Bezirke	Sparbetrag in €
	jährlich
Auslagerung von Aufgaben	1.100.000
Verkauf von Grünflächen	100.000
Verbesserte Steuerung	1.100.000
Erhöhung und Einführung von Gebühren	9.400.000
davon	
Gebührenerhöhungen + neue Gebühren	4.900.000
Sondernutzungsgebühren	1.400.000
Baugebühren	3.100.000
Vermehrte Buß- und Warnelder	800.000
Kürzung von Zahlungen an Zuwendungsempfänger	100.000
Senkung der Personalbudgets der Bezirke	200.000
Benchmarking Personalstückkosten	700.000
Summe	13.500.000

Kurzanalysen & Kommentare Dokumente & Termine

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!

Dr. Joachim Bischoff

Ökonom | Sozialwissenschaftler | Politiker | Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft



DIE LINKE.
Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Kommentare zu politischen Ereignissen nicht nur in Hamburg
Publiziert am 22.08.2011 19:42:00

Steuerplus: Die LINKE fordert sinnvolle Investitionen statt vorgezogenes Schuldenverbot
Publiziert am 22. August 2011



Joachim Bischoff

Die Finanzstrategie Hamburgs hat sich im 1. Halbjahr 2011 deutlich verbessert. Dazu haben vor allem die wegen der guten Konjunkturerholung kürzeren Steuerminimierungen beigetragen. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahresniveau um knapp 370 Mio. Euro bzw. 5,3%. Da gleichzeitig die Betriebsausgaben etwas auf Vorjahresniveau geblieben sind und die Investitionen um etwa 20 Mio. Euro abgenommen wurden, ergibt sich unterem Strich ein Überschuss von 260 Mio. Euro. 2010 war demgegenüber zur Jahresmitte noch ein Defizit von 475 Mio. Euro zu verzeichnen. [weiterlesen...](#)

Alle Beiträge
[Wähle den Monat](#)

Die Themen

- Allgemein (12)
- Arbeitsmarktlage (1)
- BürgerInnenbrief 2011 (1)
- DIE LINKE (1)
- Finanz- und Wirtschaftspolitik (1)
- GALTJUR/CIV (1)
- Gesundheit (1)
- IZG (1)
- Prozessmanagement (1)
- Sport (1)
- Stadtentwicklung (1)
- Verkehr (1)
- Wohnen (1)

DIE LINKE in Hamburg

- BürgerInnenbrief 2011
- DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
- DIE LINKE Hamburg
- Homepage des Landesverbandes

In die Fußstapfen dieser »Konsolidierungspolitik« tritt auch der SPD-Senat. Als sie noch die Oppositionsbänke drückte, hatte sich die SPD einen Blick für die Realität bewahrt: »Finanzpolitik mit Schlagseite«, wettete der damalige SPD-Fraktionschef Michael Neumann und prangerte »den Kahlschlag in einem Bereich an, in dem die Stadt eigentlich soziale Verantwortung übernehmen muss«. Unbestreitbar ist die Haushaltssituation schwierig. Angesichts der Steuermehrerlöse könnte der Senat allerdings auf weitere Sparopfer der Bezirke und damit eine weitere dramatische Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen verzichten. Denn das Sparen auf der untersten kommunalen Ebene ist

- erstens ökonomisch kontraproduktiv. Die Kürzungen bei den Personal- und Sozialausgaben und die Gebührenerhöhungorgie schwächen die Einkommen der Beschäftigten und der BürgerInnen und gefährden den fragilen ökonomischen Erholungsprozess. Rückwirkend drohen damit auch wieder rückläufige Steuereinnahmen. Solche Konsolidierungspolitik wird die Verschuldung nicht ab-, sondern weiter aufbauen.
- zweitens ein Beitrag zur Vertiefung der sozialen Spaltung. Die öffentlichen Dienstleistungen, auf die gerade Bürge-

rInnen mit schmalen Geldbeutel angewiesen sind, werden weiter eingeschränkt.

- drittens eine Beitrag zur weiteren Entdemokratisierung der Stadt. Die Rechte der Bezirke werden massiv verletzt. Ende September wird eine weitere Runde der Etatberatung zwischen Senat und Bezirksamtsleiter folgen. Dann sollen die Bezirke ihre Rechnungen abermals vorlegen und konkrete Vorschläge machen, wie sie Haushaltskonsolidierung und Aufgabenwachstum zusammenbringen wollen. Im Vorfeld wird eine »Lösungsmöglichkeit« gehandelt, die wenig Gutes erahnen lässt: Die Fachbehörde könnte Aufgaben an die Bezirke delegieren, die dafür weniger und geringer bezahlte Angestellte einsetzen, als es die Behörde tun würde. Die »höhere Produktivität« und die eingesparten Gehälter könnte den Bezirken als Sparbeitrag angerechnet werden. Lohndumping als Mittel der Haushaltssanierung – mit »ordentlich Regieren« hat das nun überhaupt nichts mehr zu tun.

Zum »guten Regieren« gehören auf Bezirksebene stattdessen offenkundig die Verschwendung von Ressourcen und eine Bevorzugung von repressiven Methoden gegenüber obdachlosen Menschen. Mehr dazu im folgenden Beitrag.

Ist der Ruf erst ruiniert...



Rambo Schreiber, immer lächelnd...

Getreu dieser Maxime lebt Bezirksamtsleiter Markus Schreiber nun schon seit längerem: Erst stimmt er zu, dass Obdachlose auf den Bühnen des Spielbudenplatzes (mit Wasser) weggesprengt werden, dann sorgt er sich um die Vertreibung der Prostituierten auf und um den Hansaplatz und überschlägt sich bei den Räumungsandrohungen gegenüber den Zomia-Bauwagen-BewohnerInnen in Wilhelmsburg.

»Das Gesetz in seiner erhabenen Gleichheit verbietet es Reichen und Armen gleichermaßen, unter den Brücken zu schlafen, auf den Straßen zu betteln und Brot zu stehlen«, schrieb einst Anatole France. Schreiber hat das wortwörtlich und nun

die Obdachlosen auf der Helgoländer Allee ins Visier genommen. Mit Zustimmung der GAL ließ der Bezirkssheriff unter der Kersten-Miles-Brücke im Juni 2011 zunächst Steine auftürmen und eine Art Bachlauf anlegen (Kostenpunkt: 100.000 Euro), um obdachlose Menschen vom Übernachten abzuhalten. Als diese sich davon nicht vertreiben ließen, wurde jetzt ein scharfkantiger Metallzaun um das Areal gesetzt (Kostenpunkt: 18.000 Euro).

Der Sozialdemokrat Markus Schreiber hat den Bogen längst überspannt. Sein Welt- und Menschenbild sieht vor, alles zu bekämpfen, was sein Auge stört: Menschen, die »schräge«

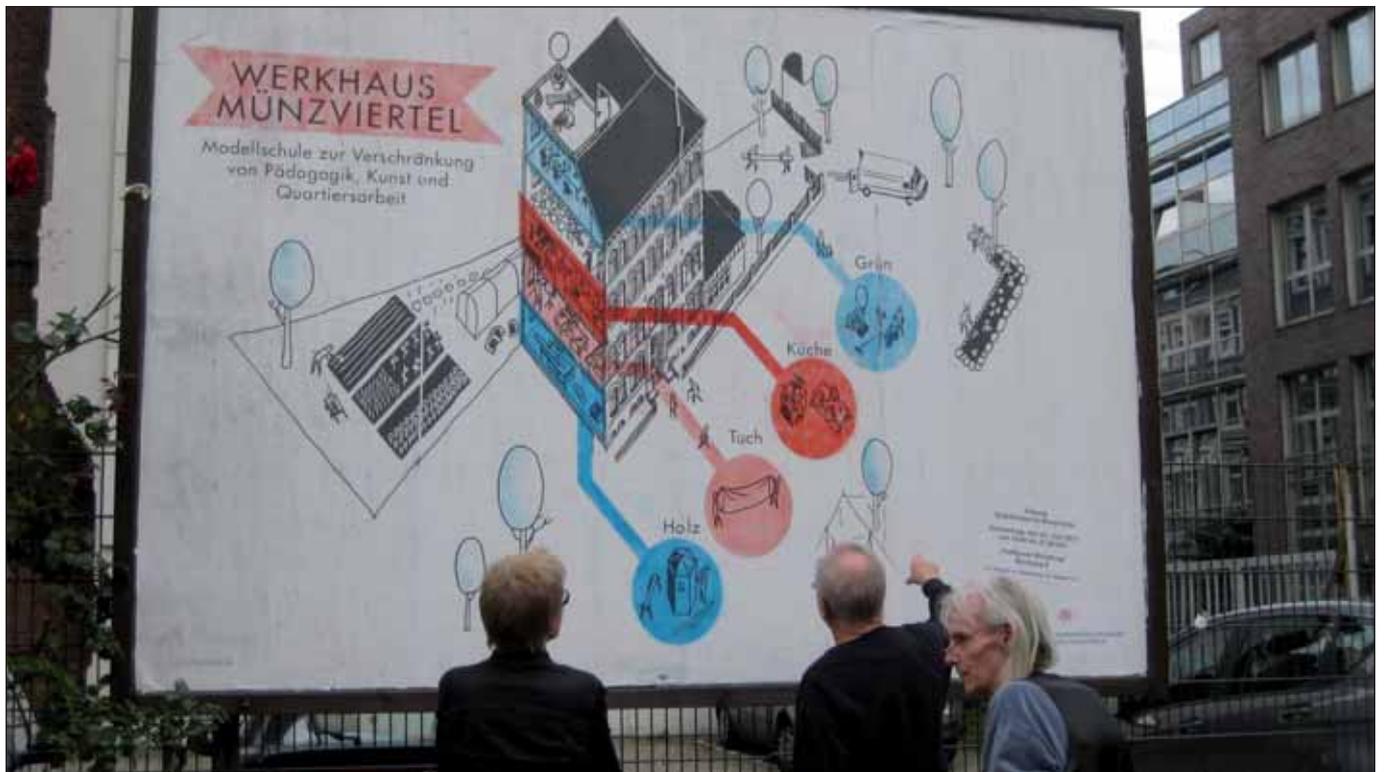
oder alkoholabhängig sind, DrogenkonsumentInnen, Prostituierte, Arme und Obdachlose. Er exekutierte eine Politik, die eines Rechtskonservativen à la Schill »würdig« wäre, er geriert sich als ein gefährlicher Law-and-Order-Mann, dem die Werte Nächstenliebe oder gar Solidarität wie Fremdworte erscheinen müssen. »Sein Aktionismus«, so der Text eines Initiativen-Flugblatts mit dem Titel »Markus Schreiber abschreiben!«, »ist geprägt von Intoleranz und dem manischen Drang, alles sauber und ordentlich zu halten«.

Verschiedene Gruppen haben am vergangenen Samstag eine symbolische Kranz- und Blumenniederlegung an der Kersten-Miles-Brücke durchgeführt, auch DIE LINKE hat mobilisiert und eine Kundgebung unter dem Motto »Für soziale

Gerechtigkeit – gegen Ausgrenzung und Vertreibung« abgehalten. Attackiert wurden nicht nur die zunehmend inhumanen Züge eines Herrn Schreiber, verwiesen wurde bei den Kundgebungen auch auf den Umstand, dass alleine mit den verschleuderten 118.000 Euro sinnvolle Maßnahmen zur Linderung von Not und Armut hätten finanziert werden sollen.

Wer an den Rand der Gesellschaft gedrängte, verarmte und benachteiligte Menschen ausgrenzt, grenzt sich selbst aus. Die Tage eines Herrn Schreiber als Bezirksamtsleiter sind gezählt – so oder so! 7.000 Protest-Mails an das Obdachlosenmagazin »Hinz & Kunzt« innerhalb nur eines Tages nach Bekanntwerden des »Anti-Obdachlosen-Zauns« (Morgenpost vom 23.9.2011) sprechen eine deutliche Sprache.

In den Stadtteilen rührt sich was



Wird aus dem Werkhaus Münzviertel noch was?

Neben den vielfältigen und oft sehr phantasievollen Aktionen im Umfeld des Netzwerks Recht auf Stadt mit seinen Dutzenden Initiativen und Vereinen vor allem im innenstadtnahen Bereich ist eine deutliche Zunahme von Aktivitäten an der »Peripherie« zu konstatieren. Aus Wilhelmsburg sind schon seit langem die Auseinandersetzungen um die Verkehrspolitik, die Vernichtung von Kleingartengebieten und die Auswirkungen von Bau- und Gartenbauausstellungen bekannt, wir haben oft darüber berichtet. Aus Kirchdorf-Süd und anderswoher zogen 200 bis 300 empörte MieterInnen (überwiegend MigrantInnen) vor die Zentrale der Gagfah in Wandsbek, um gegen deren miese Vermietungspolitik zu demonstrieren (im Übrigen werden wir gegenwärtig oft zu wohnungspolitischen Veranstaltungen eingeladen, die unterstreichen, welche Dimension diese Problematik inzwischen

angenommen hat). Und in Billstedt fand jüngst eine von mehr als 150 Menschen besuchte Veranstaltung statt, um über die Zukunft dieses über Jahrzehnte benachteiligten Stadtteils zu diskutieren.

Auch im Münzviertel, eingeklemmt zwischen der Am-sinckstraße und den hochgelegten Eisenbahn- und S-Bahn-Schienen, regt sich Einiges. Klaus Stürmann, der Vorsitzende des örtlichen Quartiersbeirats, hatte schon im BürgerInnenbrief vom 29. August 2011 deutlich gemacht, wie genervt viele BewohnerInnen über die Vernachlässigung ihres Kiezes sind. Im Mittelpunkt stehen dabei die zukünftige Nutzung der Schule für Hörgeschädigte und die vor dem Scheitern stehenden Pläne für ein Werkhaus Münzviertel. Schon vor vier Wochen kündigte der Quartierssprecher eine Kundgebung für den 1. Oktober an, die sich insbesondere gegen den 20-jäh-

rigen Leerstand der seit zwei Jahren städtischen Immobilie Spaldingstraße 1 und 1b richtet. Unter dem Motto »Häuser leer, Schnauze voll!« wird seitdem hamburgweit mobilisiert, um auf den in Zeiten der Wohnungsnot obszönen Leerstand zweier (Büro-) Hochhäuser hinzuweisen.

Brisanz erhält die Aktion dadurch, dass Mitte September klar wurde, dass die Spaldingstraße 1 für das Winternotprogramm zur Verfügung gestellt und damit rund 160 obdachlosen EU-BürgerInnen eine vorübergehende Unterkunft geboten wird. Nachdem die Münzviertel-Engagierten über Jahre hingehalten und selbst eine Zwischennutzung der leerstehenden Immobilien abgelehnt wurden, fühlt sich der Quartiersbeirat nun ein weiteres Mal übergangen. Erst auf Nachfrage wurde von den jüngsten Belegungsplanungen Mitteilung ge-

macht. Klaus Stürmann: »Die geschaffene Akzeptanz der sozialen Randständigkeit innerhalb des Quartiers, in dem u.a. das Haus Jona, das Wohnprojekt Münze sowie die Tagesaufenthaltsstätte Herz As für Wohnungslose angesiedelt sind, wird durch das bislang praktizierte Verfahren beim Winternotprogramm, das in keiner Weise den Anforderungen einer zeitgemäßen partizipatorischen Sozialplanung entspricht, bei denen alle unmittelbar betroffenen Akteure in allen Schritten der Planung zusammenwirken, aufs Spiel gesetzt.« **»Leerstand ist voll doof«** heißt es deshalb am **Samstag, den 1. Oktober**. Dort wird dann **zwischen 16:00 und 20:00 Uhr** sicherlich nicht nur gegen den Leerstand und für eine dauerhafte Nutzung protestiert werden.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Die **Hamburger Stadtteil-Profile 2011**, herausgegeben vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, enthalten wichtige Daten für jeden der 105 Stadtteile. Erstmals werden auch ausgewählte Quartiere (Karlinenviertel, Mümmelmannsberg, Osdorfer Born, Phönixviertel, Neuallermöhe-Ost und -West) gesondert betrachtet (für 20,50 Euro in gedruckter Form bei Statistikamt, Steckelhörn 12 oder **kostenfrei im Netz** unter http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standocuments/NR11_Stadtteil-Profile_2011.pdf).

Die kurzweilige Dokumentation **Ulrich protestiert – für ein recht auf Stadt**, in der vor allem GentrifizierungsgegnerInnen auf St. Pauli ins Bild kamen, lief Mitte September auf »ZDFinfo«. Wer sie verpasst hat, kann sich den Film direkt auf den Bildschirm zaubern: <http://www.anwohnerini-schanzenviertel.de/fakten/doku-ulrich-protestiert-fur-ein-recht-auf-stadt/>.

Am 8. September unterzeichneten »Gängeviertel e.V.« und »Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG.« einen Vertrag mit der Freien und Hansestadt Hamburg, der ihnen die **genossenschaftliche Übernahme der sanierten Häuser** ermöglicht. Den Wortlaut ist nachzulesen unter <http://das-gaengeviertel.info/>.

Im Westen stinkt gewaltig heißt es auf einer Veranstaltung des Wilhelmsburger Vereins »Zukunft Elbinsel« am **Mittwoch, den 28. September um 19:00 Uhr** im Pavillon Weimarer Platz. Laut einem Gutachten sind die BewohnerInnen des Reiherstiegviertels die Hälfte des Jahres durch »Geruchsimmissionen« belastet. Es diskutieren Karsten Wessel (IBA), Wolfgang Leuschner (NOW), Maria Parnsen (BSU) und Sabine Engel (TÜV-Nord).

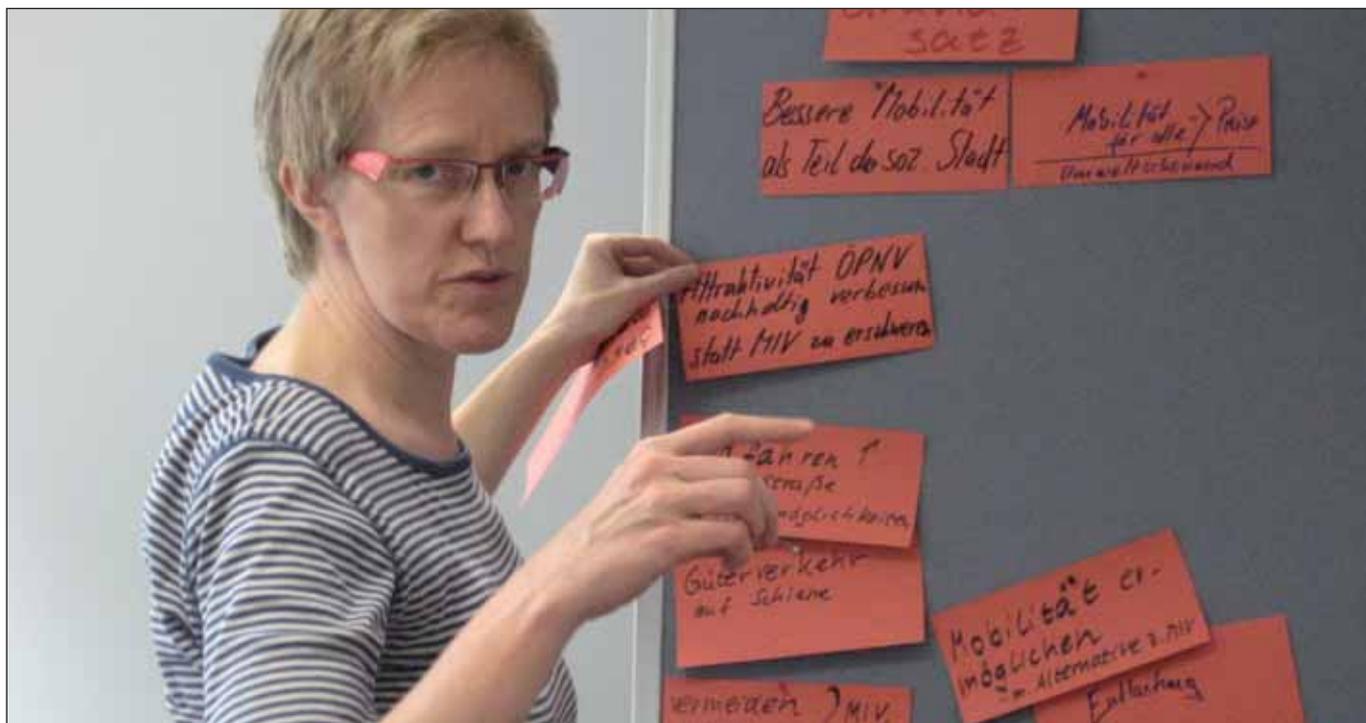
Um **Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Altonaer Bahnhofs** geht es auf einer Veranstaltung der Altonaer Bezirksfraktion DIE LINKE am **Donnerstag, den 29. September um 19:30 Uhr** im Kollegiensaal des Rathauses Altona (Platz der Republik 1).

Die Tragikomödie **Strategie der Schnecke** von Sergio Cabrera (Kolumbien 1993) zeigt die »Rote Möwe« am **Sonntag, den 9. Oktober um 19.00 Uhr** im »Lichtmess-Kino« (Gaußstraße 25). In diesem gentrifizierungskritischen Film geht es um eine Hausgemeinschaft, die sich auf höchst kreative Weise gegen den Terror des Hausbesitzers wehrt. Im Anschluss gibt es ein Gespräch über den Widerstand gegen Verdrängung in Hamburg.

Die Stiftung Hanna Reemtsma Haus und Stadtbau Hamburg veranstalten am **Donnerstag, den 20. Oktober von 8:30 bis 16:30 Uhr** im Seniorenzentrum St. Markus (Gärtnerstraße 63) eine Tagung zum Thema **Bielefelder Modell**, einer Wohnform, in der lebendige Nachbarschaft groß geschrieben und Menschen mit Hilfebedarf von Menschen aus der Umgebung begleitet werden. Hauptreferent: Prof. Klaus Dörner. Teilnahmegebühr 60 Euro (ermäßigt 15 Euro), Anmeldung bis zum 1. Oktober bei Stadtbau Hamburg (koordinationsstelle@stadtbau-hamburg.de). Mehr unter <http://www.koordinationsstelle-pflege-wgs-hamburg.de/index.php/244/events/hamburger-herbsttagung-vorankuendigung.html>.

Kein Verkehrsplan vor 2015?

Von Heike Sudmann



Heike Sudmann: Lieber ein vernünftiger Verkehrsplan als Metaplan...

In den vergangenen Wochen ging es in Sachen Verkehrspolitik in der Stadt hoch her: Da beschließt die SPD mit ihrer Mehrheit in der Hamburgischen Bürgerschaft, die A7 zwischen dem Elbtunnel und der Behringstraße doch nicht komplett zu überdecken, sondern eine Lücke von rund 230 Metern zu lassen. Dabei hatte Olaf Scholz noch vor der Wahl versprochen: »Geld ist genug vorhanden, ein Deckel statt Wänden finanzierbar« (Niendorfer Wochenblatt vom 25.2.2010). Ich habe den Bürgermeister in der Plenumsdebatte an seine eigenen Worte erinnert, doch die SPD hat es nicht einmal für nötig befunden, wenigstens ein unabhängiges Gutachten über die Höhe der Kosten für die vollständige Überdeckung in Auftrag zu geben.

Aus Sicht der LINKEN könnten die für den letzten Deckelabschnitt nötigen 19 Mio. Euro aus den Steuermehreinnahmen finanziert werden, sinnvolle Infrastrukturmaßnahmen haben sich auf Dauer immer rentiert. Doch so bleibt der u.a. von der Initiative »Ohne Dach ist Krach« seit langem geforderte vollständige Lärmschutz unerfüllt, die Chance für eine Jahrhundertreparatur ist vertan.

Am Tag der Bürgerschaftsdebatte ging durch die Presse die Meldung, dass höchst umstrittene Verkehrsprojekte wie die Hafenuferspanne, der (Aus)Bau der A 26 sowie die Y-Trasse im neuen Entwurf des Investitionsrahmenplanes des Bundesverkehrsministeriums nicht mehr enthalten seien. Damit dürfte deutlich werden, dass es schlicht an Geld für den Aus- bzw. Neubau auch der Vorhaben fehlt.

Bei der Hafenuferspanne, der A 26 und der Y-Trasse handelt es sich um Projekte, die schon seit Jahren heftig umstritten und zum Symbol einer rein wirtschaftsorientierten Politik

geworden sind. Sinn und Zweck dieser Vorhaben, welche für die vermeintlich bessere Abwicklung der Güterverkehre sorgen sollen, gelten als zweifelhaft, Bürgerinitiativen und auch PolitikerInnen wenden sich gegen sie. Verschiedene Gutachten und Stellungnahmen konnten die von der Wirtschaft angeführten positive Wirkungen nicht nachweisen. Im Gegenteil drohen noch größere Belastungen für die ansässige Bevölkerung. Kein Geld für die Hafenuferspanne und die A 26 bedeutet auch die Chance zum Umdenken, denn immer mehr Straßen lösen dauerhaft keine Verkehrs- und schon gar keine Umweltprobleme. Eine ökologische Verkehrspolitik erfordert dagegen, endlich mehr Güter- und Personenverkehr auf die Schiene zu bringen. Die Ertüchtigung der vorhandenen Schienennetze mit einem erheblich verbesserten Lärmschutz ist dem weiteren Flächenverbrauch wie im Falle einer Y-Trasse vorzuziehen.

Leider hat das Bundesverkehrsministerium zugleich die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße freigegeben und zugleich die Bereitschaft zur weitgehenden Finanzierung erklärt. Ungeachtet der Proteste und der qualifizierten Gegenvorschläge, vor allem von den BürgerInnen und Initiativen der Elbinsel selbst, will nun auch der SPD-Senat an den Plänen für die Neuanlage einer Reichsstraße als vierspurige Quasi-Autobahn festhalten. Absurderweise setzt er damit die Politik seines grün-schwarzen Vorgängers um, der eine ergebnisoffene BürgerInnenbeteiligung mit Füßen getreten hatte und nicht einmal in der Lage war, einen Verkehrsplan für den Hamburger Süden vorzulegen. Die für die Stadtteile Wilhelmsburg und Veddel und den Bezirk Harburg existenziellen Fragen wie Schwerlast- und Autoverkehr sowie Verkehrsemissi-



onen aller Art sollten im Dialog mit den BürgerInnen erörtert und geklärt werden, bevor gravierende Eingriffe vorgenommen werden. Es kommt hinzu, dass die womöglich bereits 2012 beginnenden Umbauten für die neue Reichsstraße zu einem doppelten und dreifachen Verkehrschaos führen werden, denn den ElbinsulanerInnen steht ja noch die ungeliebte IBA/igs 2013 ins Haus.

Was der Senat da in Aussicht stellt, klingt gar nicht gut und wird auch durch die Ankündigung des Verkehrsstaatsrats Andreas Rieckhoff nicht besser, dass vor 2015 mit keinem neuen Verkehrsplan für Hamburg und Umgebung zu rechnen sei. »Senat will Staus, Lärm und Unfallgefahren vorerst nur mit Einzelmaßnahmen begegnen«, hieß es dazu lapidar im Hamburger Abendblatt vom 22. September.

Dem Fehlen verkehrspolitischer Leitlinien und umfassender Gesamtkonzepte korrespondiert auch beim neuen Senat an verschiedenen Stellen eine Geringschätzung der BürgerInnenbeteiligung. Zugegeben, manches Projekt haben die SozialdemokratInnen ihren schwarz-grünen Vorläufern zu verdanken, aber ich sehe noch keinen echten Kurswechsel. Dass mitten in das einzigartige Natur- und Kulturensemble Kaltehofe ein Wassermuseum gebaut wurde, mag ja noch durchgehen, dass dafür aber die jahrzehntelang vom Autoverkehr frei gehaltene Halbinsel nun mit einer 500 Meter lan-

gen Straße zum Pkw-Parkplatz neben dem Museum belastet wird, ist nicht hinzunehmen.

Und so wie die Proteste der Initiativen in Rothenburgsort gegen die Zufahrt missachtet wurden, so verhält sich der Senat auch beim vermeintlichen Beteiligungsprozess in Sachen Neue Mitte Altona. »Bürger wollen keine Deppen sein«, titelte die taz hamburg am 17./18.9.2011 richtig. Denn es geht nicht nur um das Potenzial von Tausenden Wohnungen, die nach Auffassung der Linksfraktion zu 70% öffentlich gefördert sein sollten, statt noch mehr luxuriöse Eigentumswohnungen zu begünstigen. Es geht auch um die enormen Planungsgewinne und Bodenwertsteigerungen des Bahnhofsgeländes in einer Größenordnung von bis zu 181 Mio. Euro Gewinne, die die Stadt bisher seltsamerweise nicht abzuschöpfen bereit scheint. Von denen war aber bislang nicht die Rede.

Sie müssen aber zur Sprache gebracht werden, denn verkehrspolitische Fragen sind immer auch sozialpolitische Fragen: Wer kann wann wohin fahren? Wie steht es mit dem Grundrecht auf Mobilität? Wer gibt im Verkehr den Ton an? Geht immer mehr Geld in immer mehr Straßen oder erfolgt endlich der nachhaltige, überfällige Paradigmenwechsel? Ich werde auch weiterhin darauf drängen, dass diese Fragen in öffentlichen BürgerInnendebatten gestellt und vor allem beantwortet werden.



Herzlichen Glückwunsch

Noch ist es längst nicht in allen Linksfraktionen in den Bundesländern üblich, aber in Hamburg wurde bereits in der letzten Legislaturperiode von den Beschäftigten ein Betriebsrat gewählt.

Am 29. August haben die Fraktionsangestellten und die persönlichen ReferentInnen der Abgeordneten ihre Interessenvertretung neu gewählt. Der dreiköpfige Betriebsrat besteht aus den ver.di-KollegInnen Sabrina Glimmann (1. Vorsitzende), Antje Schellner (2. Vorsitzende) und Michael Joho (Protokollführer). Wir sagen allen Dreien auch auf diesem Wege herzlichen Glückwunsch zur Wahl und setzen auf eine gute Zusammenarbeit.

Heike Sudmann und Joachim Bischoff

Öffentliche Grünanlage für kommerzielle Großevents

Von Jörg von Prondzinski



Rockfestival »Dockville« am Reiherstiegknie

Der Senat hat am 26. Juli eine Verordnung erlassen, wonach das Reiherstiegknie als Grünfläche ausgewiesen wird, die nunmehr für »Veranstaltungen, beispielsweise kultureller Art« bestimmt ist. Hauptsächlich geht es um den Bereich, wo bislang »Dockville« stattfand.

Grundlegend neu

Erstmalig wird hier eine Grün-Ausweisung formuliert, wonach die Fläche der Öffentlichkeit nicht generell zu Erholungszwecken zur Verfügung steht, sondern nur für den Fall, dass dort keine Veranstaltung stattfindet. Da ist das Wirken von »Internationaler Bauausstellung« (IBA) und »internationaler Gartenschau« (igs) zu erkennen, die ja bekanntlich die Zukunft der Metropolen entwickeln. Dabei gilt als gesetzt: Das vom Senat zur Pflege des öffentlichen Grüns bereitgestellte Geld wird immer weniger. So müssen andere Finanzquellen für die Grünflächen erschlossen werden, soweit letztere nicht direkt an InvestorInnen verkauft werden. Es geht also um die wirtschaftliche Inwertsetzung des Grüns bzw. die Platzierung am Markt. Die am Reiherstiegknie (historisch: Ruisort) zukünftig stattfindenden Veranstaltungen – oder moderner: Events – sind natürlich kommerzieller Natur, wobei die Einnahmen mittels Nutzungsgebühren teilweise abgeschöpft werden sollen. So finanziert sich die Grünanlage selbst oder wirft sogar ein Plus für den Haushalt ab.

Doch dafür muss die Grünfläche natürlich auch tauglich gemacht werden. Es gehört ein unüberwindbarer, stationärer Zaun sowie eine Befestigung der Fläche dazu, um auch bei größeren BesucherInnenzahlen während feuchter Witterungsperioden Schäden zu vermeiden.

Realität & Vision

Dass dieses wirklich die Zukunft des öffentlichen Grüns sein soll, macht die Umgestaltung der Grünflächen in dieser Stadt generell deutlich. Neue »Grünanlagen« in der Hafencity bestehen fast nur noch aus Beton, und bei jeder Umgestaltung bestehender Areale geht Grün verloren und die versiegelten Bereiche nehmen zu. Neben dem Vermietbarmachen der Flächen spielt hierbei natürlich auch die Kostenreduktion der Grünpflege eine gewichtige Rolle.

Dem Vorbildcharakter unserer neuen Anlage gehorchend, müssen dann nur noch die Widmungen anderer städtischer Grünflächen geändert werden, und schon bedarf es keiner Sondergenehmigungen bei der zeitweiligen Privatisierung des öffentlichen Grüns mehr. Vielmehr ist das Volk nun gehalten, wenn es in den Park will, selbst herauszufinden, wann mal veranstaltungsfreie Zeiten sind. Und wenn die Zäune erst einmal stehen, kann auch jederzeit Eintritt genommen werden, denn die Stadt hat ja nichts mehr zu verschenken, nicht mal mehr den Aufenthalt im öffentlichen Raum – jedenfalls nicht fürs gemeine Volk. So werden die Parks per kommerziellem Halligalli(un)wesen nicht nur von öffentlicher Stadtnatur zu Gewerbeflächen umgewandelt, sondern auch von Orten der Ruhe zu immer stärker sprudelnden Lärmquellen.

Schließlich wird es sich noch anbieten, den Betrieb des öffentlichen Grüns outsource zu übertragen, also einer privaten Instanz zu übergeben. Der Staat kann ja, wie uns ständig erklärt wird, mit Geld nicht umgehen. Wobei sich hierfür der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer anbietet. Beim Parkumbau

Jörg von Prondzinski, Dipl. Biologe, Wilhelmsburg.

für die IBAwürdigmachung des Spreehafenzugangs am Ernst-August-Kanal sitzt der Landesbetrieb schon federführend im Boot. Denn wer Straßen bauen kann, wird auch Grünanlagen veranstaltungssicher befestigen können (siehe hierzu ausführlicher <http://parkretter.tumblr.com/>).

Am Reiherstegknie werden zudem noch andere Probleme geflissentlich übersehen. Dem glücklichen Feiern dort steht das Gift im Boden des alten Raffineriegeländes offenbar nicht im Wege. Das viele Altöl inklusive Dioxin im Untergrund wurde irgendwann mit einer Sandschicht überdeckt, und es ist ja auch nichts davon direkt zu sehen. Schließlich spielen sogar die Lüttville-Kinder dort im Matsch. Interessanterweise liegt die Fläche im Hafen – dort darf laut Gesetz nur Hafennutzung stattfinden. Wieso gibt die zuständige »Hamburg Port Authority« (HPA) den Ort einfach so her? Ist die Altlast zu brisant für das Hafengewerbe? Ein eigener Skandal, der hier einstweilen nicht weiter vertieft werden soll.

In der behördlichen Vorabstimmung der neuen Verordnung war übrigens noch von den hier vorkommenden geschützten

Biotopen zu lesen – und dass diese zu erhalten seien. In der jetzt erlassenen Verfügung konnte das Problem überwunden werden: Es steht nichts mehr davon drin.

Wer steckt dahinter?

Das Ganze ist von langer Hand vorbereitet worden. Schon seit einem Jahrzehnt hält Heiner Baumgarten (derzeitig Hamburger igs- und niedersächsischer BUND-Chef) Fachkonferenzen unter dem Namen »GRÜN | MACHT | GELD« ab. Dort wird das Marktgängigmachen des öffentlichen Grüns vorbereitet. Grundlage ist der Glaube an das neue Naturgesetz, dass das Vorhalten von öffentlichen und somit staatsfinanzierten Erholungsflächen nicht mehr möglich sei. Allerdings: Es ist kein Naturgesetz, sondern eine bewusste Entscheidung zur Umlenkung von Geldflüssen. Und ein politischer Entschluss, den EigentümerInnen öffentlichen Eigentums dieses wegzunehmen und privaten Institutionen zur Nutzung zu übertragen. Selbstverständlich alles ohne eine Spur von demokratischer Legitimation.

Wohnungspolitik: Das reicht nicht!



An der Wohnungsfrage und der Mietentwicklung erhitzen sich die Gemüter

»Hamburgs Mieten steigen um bis zu elf Prozent«, titelte das Hamburger Abendblatt am 21. September auf der Titelseite. Nach Untersuchungen der Immobilienberatungsfirma »Jones Lang LaSalle« seien die Mieten im ersten Halbjahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 7%, d.h. auf einen Netto-Kalt-Wert von 9,75 Euro je Quadratmeter gestiegen. Am stärksten in Hamburg-Nord (um 11,3% auf 11,70 Euro/qm), am geringsten in Harburg (um 1,7% auf 7.50 Euro/qm). Nir-

gendwo anders in der Bundesrepublik würden die Miet- und Kaufpreise für Wohnungen schneller steigen als in der Elbmegropole. »Hamburg bleibt der dynamischste Wohnungsmarkt unter den untersuchten acht deutschen Städten«, wird der Leiter der Studie, Roman Heidrich, im Abendblatt zitiert. Anstelle vom »dynamischsten Wohnungsmarkt« zu faseln, hätte er klipp und klar erklären müssen, dass wir es mit einer dramatischen Mietenexplosion zu tun haben, die in engem Zu-

sammenhang mit der akuten Wohnungsnot und den fehlenden 30.000 bis 90.000 Wohneinheiten steht.

An der Wohnungsfrage und der Mietenentwicklung werden sich in den nächsten Jahren die Gemüter erhitzen, vielleicht sogar Wahlen entscheiden, denn selbst, wenn 2013 die Zielzahl von 6.000 neu gebauten Wohneinheiten erreicht werden sollte, wird es Jahre dauern, bis der angestaute Mangel beseitigt ist. Heute eine Baugenehmigung zu erteilen – und derer sind es laut Antwort des Senats auf eine kleine Anfrage der CDU von Januar bis August 2011 auf den ersten Blick erstaunliche 4.918 gewesen – heißt weder, dass im Einzelfall überhaupt gebaut wird, noch und schon gar nicht, dass das entsprechende Gebäude in nächster Zeit fertiggestellt wird.

Entscheidend ist zudem, dass der Senat – Wohnungsbauprogramm hin oder her – seine Akzente unzureichend setzt. Denn den Mangel auf dem Wohnungsmarkt bekommen die Menschen ja nicht gleichermaßen ab: Wer üppig Geld hat, kann sich eine Wohnung an fast jedem Ort in der Metropole leisten, da machen 5.000 oder 6.000 Euro pro Quadratmeter im Eigentum oder 20, 25 Euro je Quadratmeter Mietfläche nichts aus. Wer aber über wenig Geld verfügt oder so genannte Zugangshandikaps zum Wohnungsmarkt hat – türkisch klingende Namen, Hartz IV-BezieherIn oder AufstockerIn, alleinerziehend, behindert, gerade aus dem Knast oder der Therapie entlassen oder auf der Straße lebt –, findet in Hamburg schon seit längerem nichts. Und deswegen reicht das Senatsbauprogramm auch hinten und vorne nicht, denn von den 6.000 anvisierten Wohnungen sollen lediglich 1.200 im ersten Förderweg (5,90 Euro/qm nettokalt Einstiegsrente), 800 im neu geschaffenen zweiten Förderweg (ca. 7 bis 8 Euro/qm) und immer noch 500 geförderte Eigentumswohnungen entstehen. Wir bräuchten aber ein Mehrfaches an Sozialwohnungen, um allen Menschen am »unteren Rand der Gesellschaft« eine vernünftige Wohnung zu ermöglichen.

Im Übrigen bleibt angesichts der Verlautbarungspolitik in Sachen Wohnungsprogramm Skepsis angesagt. Denn wie ist es zu erklären, dass angeblich mehr geförderte Mietwohnungen entstehen sollen, obwohl das Wohnungsbauförderungsprogramm der Wohnungsbaukreditanstalt mit 120 Mio. Euro im Doppelhaushalt 2011 und 2012 genau so hoch (oder niedrig) ausfallen soll, wie 2009 und 2010? Keinen müden Euro mehr will die SPD in den Etat für den Wohnungsbau einstellen, ein ernüchternder Umstand, der DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft dazu veranlassen wird, die Verdopplung dieses zentralen Etatpostens zu beantragen.

Auf einer Landespressekonferenz am 20. September zur »Vereinbarung für mehr Wohnungsbau« – abgeschlossen zwischen dem Senat und den großen Wohnungs(bau)unternehmen – versicherte man sich gegenseitig, das hohe Ziel von 6.000 neuen Wohnungen zu erreichen, vermied aber konkrete Festlegungen. Das ist insbesondere mit Blick auf die energetische Sanierung für Hamburgs MieterInnen fatal, denn die Kosten für die Wärmedämmung dürfen als Modernisierungsmaßnahme zu je 11% über neun Jahre auf die Miete umgelegt werden. Mieterverbände sehen zusätzliche Monatsbelastungen im dreistelligen Bereich auf die MieterInnen zukommen,

wenn nicht die HauseigentümerInnen zu den Maßnahmen verpflichtet werden, ohne die Kosten umlegen zu dürfen – oder der Staat mit ausreichender Förderung einspringt. Genau letzteres wird im »Bündnis für das Wohnen in Hamburg« sicher nicht zufällig umschifft: Es ist blumig von »sozialen Konditionen« bei der Umsetzung der Wärmedämmung die Rede, die Wohnungsverbände »bekennen sich zu ihrer sozialen Verantwortung gegenüber ihren Mietern« usw., doch es bleibt letztlich völlig unklar, wer die enormen Sanierungskosten zahlen wird. Aus eben diesem Grunde hat der Hamburger Mieterverein den Vertrag nicht unterzeichnet.

In den Fokus gerät in diesem Zusammenhang einmal mehr die SAGA GWG. Von diesem öffentlichen Wohnungsunternehmen, das in Hamburg über rund 160.000 Wohnungen gebietet und damit fast ein Fünftel der Haushalte mit einem Obdach versorgt, sollte zu erwarten sein, dass es seiner sozialen Verantwortung in besonderem Maße gerecht wird. Und zwar anders als in der jüngeren Vergangenheit, als die Geschäftsführung des größten öffentlichen Wohnungsunternehmens Deutschlands im Jahr 2010 das Kunststück vollbrachte, nicht eine einzige fertig gestellte Wohnung zu liefern. Es kommt darin die gnadenlose Unterschätzung der Wohnungsnot, aber auch die falsche, von der Senatspolitik gesteuerte Prioritätensetzung zum Ausdruck. Deutlich wird dies auch daran, dass der Senat verkündete, den Neubau der Universität an der Ecke Schlump/Bundesstraße durch die SAGA GWG (vor)finanzieren zu lassen. Das läuft darauf hinaus, dass das städtische Wohnungsunternehmen einen Kredit aufnimmt und die Gebäude dann später an die Universität vermietet; die laufenden Kosten müssen von der Freien und Hansestadt aufgebracht werden.

Das passt irgendwie zur bisherigen Politik der SAGA GWG mit dem vieltausendfach Auslaufenlassen der Sozial- und Mietpreisbindungen und dem Verkauf einiger tausend Wohnungen bei gleichzeitig drastisch rückläufigem Neubau von (Sozial)Wohnungen. Und trotz der Not auf dem Wohnungsmarkt ist im Senatsprogramm für die SAGA GWG gerade mal ein Volumen von 1.000 Neubauwohnungen pro Jahr vorgesehen, von denen voraussichtlich ein erheblicher Anteil nicht einmal zu günstigen Mieten entstehen wird und die – so SAGA GWG-Vorstand Lutz Basse – keinesfalls vor 2013 zu haben sein werden. Die für den Universitätsneubau vorgesehene Aufnahme eines 320-Millionen-Kredits wäre dem sozialen Auftrag des Unternehmens gemäß im Bau von Sozialwohnungen besser angelegt.

Selbstverständlich soll die Freie und Hansestadt Hamburg in finanzpolitisch schwierigen Zeiten auf die Ressourcen und Kompetenzen der öffentlichen Unternehmen zurückgreifen. Aber es kann nicht sein, dass der Senat das städtische Wohnungsunternehmen ein weiteres Mal benutzt – nach der Übertragung der milliardenschweren Sanierung von Schulgebäuden auf die GWG und der Abführung von 500 Mio. Euro von Seiten der SAGA an die Stadt –, um gesamtstädtische Vorhaben zu finanzieren, statt in den ausreichenden und dringend erforderlichen massiven Neubau von günstigem Wohnraum zu investieren.

Kulturtipp: Film-Highlights



Vor dem Cinemaxx beim Filmfest 2010

Vom 29. September bis zum 8. Oktober läuft in Hamburg das diesjährige Filmfest. Zum 19. Mal zeigt die Filmbranche, zeigen DarstellerInnen und RegisseurInnen in genau 151 Filmen, was sie drauf haben. Das Besondere: Alle Aufführungen sind wenigstens Deutschland-Premieren, vereinzelt handelt es sich sogar um Welturaufführungen. Das ist ein bisschen Cannes-Gefühl und Berlinale in der inzwischen etwas bescheideneren Filmstadt Hamburg. Gezeigt werden Produktionen längst nicht nur aus der Bundesrepublik, auch US-amerikanische und französische, aber auch asiatische und lateinamerikanische Produktionen sind mit dabei.

»Auffallend viele Filme beschäftigen sich momentan mit Politik«, schreibt Albert Wiederspiel, der Leiter des Filmfestes Hamburg, in seiner Einleitung zum 76seitigen Programm. »Vor dem Hintergrund der globalen Wirtschaftskrise, Ret-

tungsschirmen in Europa und Revolutionen in der arabischen Welt haben wir uns deswegen im Programm für den Schwerpunkt »Macht« entschieden: Wer ist an der Macht? Wie wird man die Machthaber wieder los? Was kommt nach der Machtübernahme?« Und das alles in Dokumentarfilmen und Spielfilmen, ergänzt durch eine Reihe von musikalischen Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen.

Das spannende Gesamtprogramm, das im Abaton (Allendeplatz 3), im Cinemaxx am Dammtorbahnhof, im 3001-Kino (Schanzenstraße 75-77), im B-Movie (Brigittenstraße 5), im Passage-Kino (Mönckebergstraße 17) und im Metropolis c/o Savoy-Kino am Steindamm in St. Georg (unbedingt hingehen, solange es das noch gibt!) gezeigt wird, gibt es im Netz unter www.filmfesthamburg.de, die dicke Broschüre liegt auch in etlichen Kneipen und einschlägigen Treffpunkten aus.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de oder heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.